

DIESE GRÜNEN!

GRÜNE Aktion am Döppersberg

■ Gegen Kürzungen bei Bus und Bahn

Nach Plänen der Bundesregierung könnte demnächst jede fünfte Bahnverbindung gestrichen werden. Das wäre die Folge, wenn die im Februar 2006 beschlossene Kürzung von 3,3 Milliarden Euro bis 2010 umgesetzt wird. Für NRW hieße das 519 Millionen Euro weniger für Busse und Bahnen. Ohne das Geld aus Berlin könnte das Nahverkehrsangebot in NRW um bis zu 30 Prozent drastisch gekürzt werden.

In Wuppertal würde sich das Angebot bei S-Bahnen und Regionalzügen verschlechtern, zusätzlich stehen Investitionen bei der Neuanschaffung von Bussen auf dem Spiel. Die Folge: weniger Geld für moderne, fahrgastfreundliche Busse, weniger Verknüpfungen von Bus und Bahn.

Bei ersten Aktionen im Mai haben knapp eine halbe Millionen Bus- und BahnnutzerInnen per Postkarte oder e-mail gegen diese Kürzungen protestiert. Jetzt haben die Verkehrsminister der Länder beteuert, diese Streichungssumme nicht mittragen zu wollen, aber grundsätzlich sind sie zu Verhandlungen über Kürzungen beim ÖPNV bereit. Der neue Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, einst „Landesvater“ von NRW, ist in der Verantwortung. Neben dieser Horrorliste ist außerdem eine Kürzung der Pendlerpauschale im Gespräch.

Für GRÜNE liegen die Forderungen klar auf der Hand: Investitionen in saubere, sichere und umweltschonende Fahrzeuge und ein flächendeckendes ÖPNV-Angebot sind unverzichtbar für eine moderne und zukunftsfähige Verkehrspolitik. Die jetzige Regierung hingegen stellt sich gegen die Interessen der Menschen, die umweltfreundliche Verkehrsmittel nutzen. Die große Koalition in Berlin und auch in Wuppertal setzt umweltpolitisch und verkehrspolitisch ein falsches Signal.

Neben dem Verlust von 7000 Arbeitsplätzen landesweit in den Verkehrs-



Foto: Roland Lang

unternehmen und der Bahnindustrie droht dem Land ein verkehrspolitischer Kahlschlag. Viele werden wieder auf das Auto umsteigen. Der Dauerstau auf den Straßen wird noch größer und auch die Lärm- und Luftbelastung wird rasant zunehmen. Wuppertal hat bereits jetzt hohe Feinstaubwerte, die die Gesundheit der BürgerInnen belasten. Eine weitere Verlagerung des Verkehrs auf die Straße würde diesen Trend zusätzlich verschlechtern. Statt mehr Investitionen in die Umwelt zum Schutz der BürgerInnen wird jetzt der Rotstift beim Umweltverbund angesetzt.

Am 29. Mai 2006 hat sich die GRÜNE Fraktion am Aufruf „Halt - Keine Kürzungen bei Bussen und Bahnen“

beteiligt, der vom BUND, NABU, Pro Bahn, ver.di und Transnet getragen wird.

Bei der Aktion am Döppersberg hat sich in Gesprächen mit Bus- und BahnnutzerInnen gezeigt, dass die Auswirkungen für die Einzelnen gravierend sein werden. Der tägliche Weg zur Arbeit würde erschwert, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen müssten länger darauf warten, dass Busse mit niedrigen Einstiegen und Rampen angeschafft würden. Menschen, die am Döppersberg oder an anderen Bahnhöfen von der Bahn auf den Bus umsteigen, müssten längere Wartezeiten oder umständliche Verbindungen in Kauf nehmen. Die mögliche weitere Erhöhung der Fahr-

preise war in den Gesprächen vor Ort ein weiterer Aufreger. Viele nutzen Monatstickets und sind bisher trotz regelmäßiger Fahrpreiserhöhungen Bus und Bahn treu geblieben. Die nun in Berlin diskutierten Änderungen bei der Pendlerpauschale kombiniert mit den angedrohten Verschlechterungen des Verkehrsangebotes würde einige zurück zum Auto treiben.

Werden auch Sie aktiv und schreiben Sie an:

Ministerpräsident
Jürgen Rüttgers,
Staatskanzlei des Landes NRW,
Stadtter 1, 40219 Düsseldorf
juergen.ruettgers@stk.nrw.de



Guten Tag!

Liebe Leserinnen und Leser,

der Haushalt der schwarz-gelb geführten Landesregierung ist verabschiedet, jetzt werden die negativen Auswirkungen auf die städtischen Haushalte immer konkreter. Seltsam, was die Landesregierung sich unter Familienfreundlichkeit vorstellt: Durch die Mittelkürzungen im Kinderbetreuungsbereich wird Wuppertal wohl, wenn es nach den Plänen von Kämmerer und Oberbürgermeister geht, auf den Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige verzichten. Nähere Informationen über die „Wohltaten“ der Landesregierung an die Kommunen finden Sie in verschiedenen Artikeln dieser Ausgabe. Auch die WM nehmen wir unter einem ganz speziellen Aspekt unter die Lupe: wir zeigen der Zwangsprostitution die „rote Karte“. Wir hoffen, dass Ihnen unsere Zeitung auch dieses Mal mit ihrer Themenvielfalt gefällt und wünschen Ihnen einen wunderschönen Sommer.

Ihr Redaktionsteam

„Riss & Lücke“

■ Der Müll, die Stadt und die Wagenburg

Seit dem 14. April 2006 lebte eine Gruppe junger Erwachsener - SchülerInnen, StudentInnen und Auszubildende - hinter dem Mirker Bahnhof, auf einer Brachfläche der Deutschen Bahn.

Ein alternatives Leben wollten sie dort leben. Freiwillig! Frei von Herrschaft, Eltern und Zentralheizung. „Wagenburg“ bezeichneten sie ihr neues Domizil zwischen Bauwagen, Bierzeltgarnitur und Dixiklo. Letzt genanntes Dixiklo ist Ausweis einer neuen, alternativen Wagenburgkul-

tur, die sogar in der Nachbarschaft für Aufsehen und Verständnis sorgte. „Nette Jungs“ wurden sie genannt, die niemandem etwas zu leide tun, sich aus Sperrmüll ihren Hausrat zusammen suchten und ihre Wagenburg ordentlich und sauber hielten. Sogar den Müll vorangegangener Nutzer entsorgten sie ordentlich. Der Traum von einem alternativen Leben hatte ein jähes Ende. Die Bahn AG ließ am 23.05.2006 um 5 Uhr in der Frühe räumen. Seit dem wir diskutiert: Was machen wir mit den Jugendlichen? Mit den Bauwagen? Mit der Fläche?

Die Bezirksvertretung Elberfeld unterstützt über alle Parteigrenzen hinweg die Jugendlichen in ihrem Wunsch, eine alternative Fläche zu finden. Die GRÜNEN haben sich dieser Unterstützung angeschlossen und diesen Wunsch in Form eines Ratsantrages formuliert. Schade, dass bei dieser Diskussion eine Kultur der Toleranz und gegenseitigen Akzeptanz verloren geht, für die Wuppertal bisher beispielhaft war: Auch wenn nicht jeder in einer Wagenburg leben kann, soll oder muss, so ist es Wuppertal im Konsens – ebenfalls – über alle Par-

teigrenzen hinweg und in Abstimmung mit dem Polizeipräsidenten bisher gelungen, Generationenkonflikte und Auseinandersetzungen mit Jugendgruppen friedlich zu lösen. Die Vermietung des Gebäudes für das „Autonome Zentrum“ unter Zuhilfenahme eines Wohlfahrtsverbandes als Zwischenmieter ist ein beredtes Beispiel für diese alle Seiten und unterschiedlichen Interessen befriedende Kultur. Sie scheint heute aufgekündigt in dem Wunsch der großen Koalition, sich durch halsstarrige Haltung politisch im eigenen Lager zu profilieren.

AUS DEM INHALT

Seite 2
Schulgesetz NRW

Seite 3
Bergisch-Grün:
Engagement gegen
Jugendarbeitslosigkeit

Seite 4
Hartz IV

Seite 5
Baumschutz
ohne Satzung

Unser Team – vorgestellt heute:

WM 2006

■ Marc Schulz

Rote Karte für Zwangsprostitution

Zahlreiche Kampagnen von Frauen- und Menschenrechtsorganisationen rücken derzeit das Thema „Menschenhandel“ ins Licht der Öffentlichkeit. Bei sportlichen Großveranstaltungen wie der Fußball-Weltmeisterschaft steigt erfahrungsgemäß die Nachfrage an sexuellen Dienstleistungen. Deutschlandweit gehen Experten wegen der vielen Fußballfans von 40.000 Prostituierten aus, die nur für die WM aus dem Ausland nach Deutschland kamen. Deshalb initiierte der Frauenrat als Dachorganisation der deutschen Frauenverbände die Kampagne „Abpiff – Schluss mit Zwangsprostitution“ mit dem Ziel, das Thema Menschenhandel und Zwangsprostitution verstärkt in den Mittelpunkt zu rücken. Nach monatelangem Zögern hatte u.a. der Deutsche Fußballbund die Schirmherrschaft übernommen. Zwangsprostitution ist eine moderne Form der Sklaverei und ein Verbrechen gegen die Menschenrechte. Weltweit erzielen die Menschenhändler einen Gewinn von über 120 Milliarden Dollar. Er übersteigt den des Drogenhandels. Kaum einer der Verbrecher wird verurteilt. Die Hälfte der Verfahren wird eingestellt. Die Opfer wagen es nur selten, als Zeuginnen auszusagen. GRÜNE im Bundestag und in Landtagen setzen sich seit Jahren dafür ein, dass zur Eindämmung von Frauen- und Mädchenhandel eine bessere internationale Zusammenarbeit bei der Täterverfolgung, ausreichende Opfer- und Zeuginnenschutzprogramme und ein Bleiberecht für die Zeuginnen zumindest für die Dauer des Strafverfahrens notwendig sind. Zuletzt hat die GRÜNE Landtagsfraktion NRW im Mai ein Fachgespräch mit dem Titel „Opfer von Menschenhandel – Zeuginnen ohne Rechte“ durchgeführt.



Jüngstes Mitglied der GRÜNEN Ratsfraktion und Bezirksvertreter in Barmen, verheiratet und zweifacher Vater, Lehramts-Student und Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politikwissenschaften und der Wissenschaftstransferstelle an der Bergischen Universität.

Der Terminkalender des 27jährigen ist immer gut gefüllt. Dennoch hat er alles im Griff.

„Das ist eine Frage der Organisation. Es ist mir gelungen, Familie, Beruf und politisches Engagement unter einen Hut zu bekommen. Die Zeit

für die Politik muss daher konstruktiv genutzt werden.

Stundenlange Debatierunden sind nicht mein Ding. Ich lege Wert darauf, Mitspracherecht zu haben und die Stadt, in der ich seit 27 Jahren lebe, jedenfalls teilweise mitgestalten zu können.

Dabei wünsche ich mir auch mehr Bürgerbeteiligung. Je mehr wir die Menschen mit in die politischen Prozesse einbinden können, desto höher ist die Akzeptanz, auch bei unangenehmen Entscheidungen. Leider ist die Bereitschaft, die Bürgerbeteiligung stärker auszubauen, bei den

großen Parteien nicht sehr ausgeprägt. Hier werde ich aber weiter am Ball bleiben.“

Hauptaufgabenfeld ist für den angehenden Lehrer für Deutsch und Sozialwissenschaften die Schulpolitik. Als Mitglied des Schulausschusses sind für ihn viele Themen wichtig: Die Umsetzung und Ausgestaltung der Offenen Ganztagsgrundschulen und die Beibehaltung der Schulbezirksgrenzen liegen ihm ebenso am Herzen wie die gleichberechtigte Bildungschancen für alle Wuppertaler Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft.

„Die Offene Ganztagsgrundschule kann allen Kindern eine solide Basis für ihre weitere Schulbildung und die späteren Berufschancen sein.

Der Vorwurf der UNO, Deutschland fördere die Kinder seiner Einwanderer nicht ausreichend, müssen wir vor Ort als Chance begreifen, die Wuppertaler Grundschulen zu einem guten Startfeld auszubauen, in dem jedes Kind seine Chance erhält. Ziel ist, Kinder nach ihren individuellen Lern-Bedürfnissen auf ganz unterschiedliche Weise zu fördern und zu unterstützen, und das nicht nur in den Grundschulen.

Es ist natürlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir zusammen mit Bund und Land lösen müssen.

Darüber hinaus erlernen Kinder in der Ganztagsbetreuung automatisch über den vermehrten Kontakt mit Gleichaltrigen soziales Verhalten. Die damit verbundene schulische Nachmittagsbetreuung ist gleichzeitig wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter.

Meine Frau und mich wird es noch stärker betreffen, sobald unsere Kinder ins Schulalter kommen. Die eigene Erfahrung, wie familienfreundlich denn nun unsere Stadt ist oder wird, kann ich aus der persönlichen Perspektive in die Diskussion einbringen.“

Neben der Schulpolitik kümmert Marc Schulz sich auch um das Gebäudemanagement der Stadt und als stellvertretender Vorsitzender um verwaltungsrelevante Themen im Ausschuss Zentrale Dienste. Über seine Arbeit in der Bezirksvertretung lesen Sie auf Seite 4.

Sie können auch direkt Kontakt zu ihm aufnehmen. Über die Fraktionsgeschäftsstelle oder über seine Email-Adresse:

marc-schulz@uni-wuppertal.de.

Homepage:

<http://marcschulz.wuppnet.de>

Schulgesetz NRW

■ Kein schöner Sommer für Schulen und Kommunen

Das selbst gesteckte Ziel der Landesregierung erscheint durchaus ambitioniert. Man wolle mit dem neuen nordrhein-westfälischen Schulgesetz die Rückkehr an die internationale Bildungsspitze erreichen.

Doch selbst die kommunalpolitischen Vertreter der eigenen Parteien zweifeln daran, dass die bisher als Entwurf vorliegende Initiative diese hohen Erwartungen wirklich erfüllen kann.

Zu weltfremd und restaurativ erscheinen vorgesehene konservative Ladehüter wie Kopfnote, die Abschaffung der gerade erst eingeführten Drittelparität in den Schulkonferenzen oder die einseitige Stärkung des Gymnasiums und damit verbunden die Verfestigung des mehrgliedrigen Schulsystems.

Entgegen den aktuellen Befunden legen schwarz-gelb Wert auf ein „begabungsgerechtes“ Schulsystem, was nichts anderes heißt als möglichst frühe Selektion, die ein zehnjähriges Kind vor die Frage stellt, ob es eine Laufbahn einschlagen kann, die es später befähigt zu studieren oder nicht.

Im weiteren Verlauf der Bildungskarriere ist die Durchlässigkeit de facto eine Durchlässigkeit nach unten.

Dieser Trend wird nicht nur nicht umgekehrt, er wird durch das neue Schulgesetz auch noch verstärkt. So findet eine zeitliche Abkoppelung des Gymnasiums von allen anderen Schulformen statt durch eine Umstellung der gymnasialen Oberstufe. Der Übergang in die Oberstufe beginnt nun schon in der zehnten Jahrgangsstufe, an anderen Schulformen in der elften Klasse.

Dass dies auch Auswirkungen auf den Übergang haben wird, ist eindeutig. Weiterhin wirken Maßnahmen wie die Beschneidung des Elternwahlrechts beim Wechsel von der Grundschule auf die weiterführende Schule und die Aufhebung der Schulbezirke kontraproduktiv.

Aber während in diesen Fällen die Kommunen nur indirekt betrof-

fen wären, bieten viele Punkte akuten Grund zur Sorge. Sie verstoßen gegen das in der NRW-Landesverfassung verankerte Konnexitätsprinzip. Wenn die Landesebene Gesetze erlässt, die die Kommunen tangieren, muss sie die finanziellen Folgen tragen und nicht die Städte mit der Finanzierung alleine lassen.

Genau das aber tut das Land. Die Folgen der Auflösung der Grundschulbezirke lassen sich noch nicht genau beziffern, aber sie dürften immens sein. Kommunen werden zukünftig Schulen mit schlechter Auslastung finanziell stützen müssen, wollen sie nicht unkontrollierte Schulschließungen hinnehmen müssen. Eine dezidierte Schulentwicklungsplanung, die Rücksicht auf Standort, soziales Umfeld und Bedeutung der Schule für den Bezirk nimmt, wird so nicht mehr möglich sein.

Eindeutig benennbare finanzielle Folgen hat der Wegfall der Lernmittelfreiheit für SGB II-EmpfängerInnen. Sollte die Stadt Wuppertal diese auf freiwilliger Basis weiterhin gewähr-

leisten wollen, was Bündnis 90/DIE GRÜNEN in einem Antrag für die Ratssitzung am 19.06. fordern, müssten hierfür 50.000 Euro jährlich aufgebracht werden.

Weitere 30.000 Euro wären bei der Bereitstellung der Schülerfahrkosten für diese Personengruppe fällig. Und in welcher Höhe die Vorbereitungen der Sprachtests für Vierjährige vor der Einschulung den städtischen Haushalt belasten, ist noch nicht bekannt. Die kommunalen Spitzenverbände haben in einer Stellungnahme zum Gesetzesentwurf darauf verwiesen, dass diese Punkte „konnexitätsrelevant“ seien und deswegen eine Kostenfolgenabschätzung notwendig sei.

Doch darauf warten alle Interessierten bis heute. So werden auf die Stadt Wuppertal weitere finanzielle Unwägbarkeiten zukommen, die den ohnehin sehr engen Handlungsspielraum noch weiter begrenzen werden.

Wahrlich kein schöner Sommer für die Städte in NRW.

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204 Fax: 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Gerta Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr,
Bettina Brücher, Michael Hohagen,
Jörg Liesendahl, Klaus Lüdemann,
Paul Yves Ramette, Ilona Schäfer

Gastkommentar:
Andrea Asch, Landtagsabgeordnete der GRÜNEN
in NRW, Sprecherin für Kinder-, Jugend-,
Familien-, Senioren- und Eine-Welt-Politik

Alle Fotos, soweit nicht anders
gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz, Gestaltung und Druck:
talwild gmbh,
Simonsstraße 80, 42117 Wuppertal

Auflage: 51.605

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret,
Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-Ebert-Str.
109-111; ASIA, Berg. Universität; Behindert - na
und? e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; BUND,
Luisestraße 108; Cinetal, Berliner Straße; Forum
Maximum im Rex, Kipdorf 29; Katzensgold, Unter-
grünwaldstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz
der Republik; Lebensbaum, Sophienstraße

Die Abgabe ist kostenlos!

Gastkommentar:

■ Kürzungen, Kahlschlag, Konzeptlosigkeit – Die Kinder- und Jugendpolitik unter schwarz-gelb

Die gute Nachricht vorweg: Politik für Kinder und ihre Eltern ist endlich in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Vom Ex-Kanzler noch als „Gedöns“ abgetan, sind die Fragen von Vereinbarkeit von Kindern und Beruf und einer verlässlichen, ganztägigen Betreuung auch schon der Kleinsten ganz oben auf die politische Agenda geraten.

Damit haben wir eine breite Diskussion dessen, was wir GRÜNEN seit unserem Bestehen eingefordert haben. Denn wir waren die ersten, die sich für ausreichende Kindergartenplätze für die Unterdreijährigen und eine angemessene Entlohnung der Familien -und Erziehungsarbeit eingesetzt haben.

Jetzt merken die Konservativen, dass sie mit ihrem traditionellen Familienbild bei den Wählerinnen nicht mehr ankommen, die jungen Frauen sich nicht auf Kinder, Küche, Kirche reduzieren lassen wollen.

Auch die demografische Entwicklung kommt langsam in den Köpfen der CDU an und so beginnen sie umzuschwenken. Elterngeld, Beitragsfrei-

heit in den Kindergärten, Steuererleichterungen für Familien: Darf's ein bisschen mehr sein, liebe Familien in Deutschland?

Dabei gibt aber einen wesentlichen Unterschied zum GRÜNEN Ansatz. Die gegenwärtige Hochkonjunktur der Familienpolitik in Deutschland ist rein vom Nützlichkeitsdenken geprägt. Ihnen geht es darum, dass die Richtigen - d.h. Akademikerinnen - mehr Kinder bekommen sollen, unsere Sozialversicherungssysteme mehr EinzahlerInnen brauchen und dass das Bildungsniveau für unsere Wirtschaft angehoben werden muss. Das ist ein instrumenteller Ansatz, den wir GRÜNE nicht teilen. Wir wollen vielmehr die Chancen jedes einzelnen Kindes und jeder Frau in unserer Gesellschaft verbessern.

Wir wollen, dass jedes Kind optimal gefördert wird, egal ob es aus einer Migrantenfamilie oder einem Professorenhäuschen kommt. Uns geht es darum, dass Frauen ihren eigenen Lebensentwurf verwirklichen können, dass sie beides, Kinder und Berufstätigkeit, unter einen Hut bringen können. Für uns ist Familie dort wo Kinder sind, auch in Ein-Eltern- und Regen-

bogenfamilien, nicht nur in der traditionellen Mutter-Vater-Kind-Konstellation.

Gerade bei uns in NRW entlarvt sich Vieles von dem, was unter neuen, positiven Ansätzen für Familien verkauft wird, als reine Symbolpolitik.

Während die „Obermutter“ der Nation, Ministerin von der Leyen, über beitragsfreie Kindergärten philosophiert, kürzt ihr Fachkollege in Düsseldorf genau dort die Landeszuschüsse. Die Kommunen werden die ausfallenden Elternbeiträge in Zukunft nicht mehr ausgleichen. Viele Städte und Gemeinden müssen nun die Elternbeiträge anheben, um ihre Kindertageseinrichtungen finanzieren zu können. Beitragsfreiheit im Kindergarten - Fehlanzeige in NRW.

Unser Ministerpräsident schmückt sich gerne mit kinder- und familienfreundlicher Rhetorik. Er will NRW zum kinderfreundlichsten Land der Bundesrepublik machen und ruft gar das Jahr 2006 zum Jahr des Kindes aus. Im ersten Haushalt, den diese Landesregierung vorlegt, vollzieht er dann das krasse Gegenteil seiner Ankündigungen: er kürzt am stärksten bei den Kleinsten. Kinder, Jugendli-

che und Familien müssen den größten Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Sein Familienminister steht Rüttgers in nichts nach und verkündet stolz die Einführung von Familienzentren, um mit der Bündelung der vorhandenen Angebote mehr Unterstützung für Eltern und Kinder zu bieten. Die Idee ist richtig, wir haben dazu bereits früher ein GRÜNES Konzept, das „Haus für Kinder“, vorgelegt. Großer Schön-

heitsfehler nur, dass bei allen Bausteinen, aus denen die Familienzentren bestehen sollen, gekürzt wird. Das bedeutet für Kindergärten, Familienberatungsstellen und Familienbildungsstätten zusätzliche Aufgaben und weniger Geld. Wir sehen die Gefahr, dass aus diesen Zentren Potemkinsche Dörfer werden und eine gute Idee mangels ausreichender Finanzierung zur Makulatur verkommt.

Die nächste Baustelle ist die Novellierung des Kindergartengesetzes. Nach ersten Grundüberlegungen des Ministeriums droht eine Absenkung der Standards und eine Mehrbelastung der Kommunen und der kleinen Träger, vor allem der Elterninitiativen. Die angedachte pauschale Pro-Kopf-Finanzierung ist auch pädagogisch fraglich, lässt sie doch den für Kinder notwendigen Gruppenbezug außer Acht. Wahrlich keine guten Nachrichten für die Zukunft der Kinder in Nordrhein-Westfalen.

Andrea Asch, Landtagsabgeordnete der GRÜNEN in NRW, Sprecherin für Kinder-, Jugend-, Familien-, Senioren- und Eine-Welt-Politik



Foto: Landtagsfraktion

Bergisch-GRÜN

■ Engagement gegen Jugendarbeitslosigkeit

Vier Monate vor Beginn des neuen Ausbildungsjahres kommen im Bergischen auf 3.600 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz nur 1.500 freie Lehrstellen. Die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze ist im Vergleich zum letzten Jahr gleich geblieben, die Zahl der BewerberInnen aber um 5 Prozent gestiegen. Hinzu kommen die Jugendlichen, die schon im letzten Jahr keine Lehrstelle gefunden haben.

Die Ursachen für die ansteigende Jugendarbeitslosigkeit sind vielfältig. Deshalb haben die drei Bergische GRÜNEN Fraktionen am 23. Mai die wichtigsten Akteure an einen Tisch gebracht. Mehr als 80 Interessierte und VertreterInnen aus Wirtschaft, Jugendhilfe, Politik und Verwaltung fanden den Weg ins Deutsche Werkzeugmuseum, um mit den GRÜNEN

Fraktionen im Bergischen Städtedreieck unter dem Motto „Jugend + Bildung = Arbeit???“ zu diskutieren.

Zu Beginn der Veranstaltung zeigten die SchülerInnengruppen der gbb (Gesellschaft für berufliche Bildung) Solingen und der Albert-Einstein-Schule in einer Präsentation sehr anschaulich, wie motivationshemmend Perspektivlosigkeit wirkt. Die Erfahrung von 60 abgelehnten Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz sind für einen Jugendlichen verheerend.

Als Gesellschaft dürfen wir uns so etwas nicht leisten. In den anschließenden Foren mit Akteuren aus der Wirtschaft, den Schulen, den ARGEn und der Politik wurde deutlich: Jugendarbeitslosigkeit ist ein Problem, das nur gemeinsam gelöst werden kann. Besondere Sorgen bereite-

ten allen die geringen Chancen von HauptschülerInnen, überhaupt auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Auf der abschließenden Podiumsdiskussion wurden verschiedene Lösungsvorschläge gemacht.

Besonders die Stärkung des Zweiten Arbeitsmarktes wurde herausgehoben, um Menschen mit wenig Chancen auf einen Arbeitsplatz eine Perspektive zu bieten.

Weiter wurde der Vorschlag gemacht, eine verkürzte zweijährige Ausbildung für geringer qualifizierte Tätigkeiten anzubieten. Erfolgreiche Modellprojekte, die frühzeitig Unternehmen in die Schulabläufe integrieren, sollen fortgesetzt und besser miteinander vernetzt werden, um mehr Jugendlichen die Chance auf einen Ausbildungsplatz zu geben.

www.gruene-wuppertal.de

Schluss mit den Sonntagsreden!

Mehr Kinderfreundlichkeit mit weniger Geld geht nicht!

Überall ist derzeit wieder die mangelnde Kinderfreundlichkeit und die viel zu geringe Kinderzahl Thema in Deutschland. Ein Blick über die Grenzen Deutschlands und eine Befragung von Eltern oder potenziellen Eltern hilft bei diesem Problem weiter.

Als das größte Hindernis in Bezug auf Nachwuchs wird seit Jahren die in Deutschland absolut mangelnde Zahl an Betreuungsplätzen für die lieben Kleinen erkannt. Mittlerweile gibt es zwar einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 3. Lebensjahr, ob dieser Rechtsanspruch jedoch eine Berufstätigkeit beider Elternteile ermöglicht, steht auf einem anderen Blatt. In einer weithin flexibilisierten Arbeitswelt lässt sich durch eine Kinderbetreuung von 8-12 Uhr sicher keine Karriere - bzw. aussichtsreiche Berufstätigkeit - ermöglichen. Allein dieser Umstand hält in Deutschland sehr viele potenzielle Eltern von ihrem Kinderwunsch ab. Die Betreuungsmöglichkeiten in Frankreich (École maternelle) sind viel dichter gesetzt. Insbesondere Frauen, die in Deutschland noch immer oft die beruflichen „Verliererinnen“ bei einer Familiengründung sind, sind entsprechend häufiger berufstätig. Grundsätzlich hat auch die Politik in Deutschland den beschriebenen Zusammenhang erkannt. Zwischen den Sonntagsreden für die Familie und den realen Bemühungen klaffen jedoch mal wieder große Lücken. Nachdem sich nun die CDU/FDP-Landesregierung NRW kurz nach ihrer Wahl das Prädikat „besonders familienfreundlich“ anheftete, kürzte sie wie bekannt erst einmal den Landesjugendplan um 20 Millionen Euro. Auch in Wuppertal wird es dadurch weitere Kürzungen in der Jugend-

arbeit oder Schließungen von Einrichtungen der offenen Jugendarbeit geben. Der nächste Schritt zur „Familienfreundlichkeit à la Schwarz-gelb“ ist nun z.B. die Kürzung der Sachmittel für Kindergärten. Diese Kürzungen führen dazu, dass es keinen Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige geben wird. Die im letzten Jahr vollmundig verkündete Verdoppelung dieser Betreuungsplätze bis zum Jahr 2010 ist somit Makulatur. Vielmehr müssen alle Eltern froh sein, wenn es weiterhin Kindergartenplätze für alle Kinder ab drei Jahren geben wird, denn auch die kirchlichen Träger schließen zunehmend Gruppen und Einrichtungen.

Die Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützt in diesem Zusammenhang das neue „Wuppertaler Bündnis für Familien“. Dieses Bündnis darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass wir die Kürzungen von CDU/FDP aus Düsseldorf nicht auffangen können werden. Viel mehr als ein Trostpflaster kann Wuppertal nicht zur Verfügung stellen. Warum Wuppertaler (CDU) Landtagsabgeordnete, die bis Mai 2005 Kommunalpolitiker waren, nun einer solchen Kürzungsorgie zustimmen, dies muss immer wieder gefragt werden!



ANZEIGE

Partei ergreifen
Werde Mitglied bei Grün!
www.gruene.de

Politik geht alle an! Und DU hast uns gerade noch gefehlt!

Wir GRÜNE, das sind unsere Mitglieder: Ihr Engagement, ihre Kreativität, ihre neue Ideen und ihr Wissens- und Erfahrungsschatz sind unverzichtbar für unsere Arbeit. Wenn auch Du Partei ergreifen willst oder mehr Informationen wünschst, dann melde Dich unverbindlich bei

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Wuppertal
Oberbergische Str. 8
42285 Wuppertal

fon: (0202) 87 811
fax: (0202) 82 444
mail: gruene.wuppertal@t-online.de
internet: www.gruene-kvwuppertal.de

Hartz IV: eine kurze Bestandsaufnahme

■ Arbeitsmarktreform auf dem Prüfstand

Schon wieder „Hartz IV“? Ja, es muss sein!

Seit nunmehr fast anderthalb Jahren beschäftigt uns diese umfangreichste sozialpolitische Umwälzung seit Bestehen der Republik. Es gab Entwicklungen, die Bedenken und Widerstände bestätigt haben, aber auch Aspekte, die den Befürchtungen nicht entsprachen.

„Hartz IV“ als Programm zur systematischen Verarmung großer Bevölkerungsteile?

Die meisten BezieherInnen der neuen Sozialleistungen verfügen nicht über weniger Geld als zuvor mit Sozial- oder Arbeitslosenhilfe. Deren Zusammenlegung hatte allerdings nicht nur den Zweck, Sozialleistungssysteme zusammenzuführen, sondern auch Möglichkeiten zu eröffnen, ohne sie leben zu können. Dieses Ziel ist nicht im Ansatz erreicht. Der Ersatz einer niedrigen Leistung durch eine andere niedrige Leistung ist keine Verbesserung für Erwerbslose. Problematisch am neuen „ALG 2“ ist im Vergleich zum „alten“ Sozialrecht nicht die Höhe, sondern der Mangel an Möglichkeiten, besondere Lebenssituationen und Bedarfe angemessen zu berücksichtigen. Die starren Regelungen führen daher oft im Einzelfall zu schreienden Ungerechtigkeiten.

Wege in den „Arbeitsmarkt“?

„Hartz IV“ soll im Kern darauf abzielen, arbeitslosen Menschen eine Perspektive auf Vermittlung in ein reguläres Arbeitsverhältnis zu eröffnen. Die neue Bundesregierung will die Wirtschaft von Abgaben entlasten, die angeblich der Schaffung von Arbeitsplätzen entgegenstünden.

Diese Geschenke werden von den Unternehmen mit wohlfeilen Versprechungen angenommen, die dann regelmäßig nicht eingehalten werden. Kein „Bündnis für Arbeit“ und kein Ausbildungspakt endete bisher mit der Erfüllung gemachter Zusagen. Sich am skandinavischen Vorbild zu orientieren und die von der Wirtschaft nicht bereitgestellten Arbeitsplätze unter staatlicher Regie zu schaffen, bleibt vermutlich in Deutschland noch länger Zukunftsmusik.

Wo bleibt die Menschenwürde?

Ob die Tatsache, über keine existenzsichernde Arbeit zu verfügen, per se schon menschenunwürdig ist, sei an dieser Stelle dahingestellt. Die mit der Erzielung von Einkommen allgemein verbundenen Umstände müssen sich hier allerdings schon an Kriterien messen lassen, die ansonsten (jedenfalls in Demokratien) ziemlich unbestritten Allgemeingültigkeit besitzen. Hierzu gehört u.a. der Ver-

zicht darauf, hilfebedürftigen Menschen unter Androhung von Unbill vielerlei Art (und auch der Missachtung von Selbstbestimmungsrechten und vorhandenen Qualifikationen und Fähigkeiten) zur Annahme von Maßnahmen zu zwingen, die im Einzelfall als persönliche Qualifizierung durchaus Sinn machen können, im Ergebnis jedoch in den allermeisten Fällen eben nicht Wege in den „regulären“ Arbeitsmarkt aufzeigen.

Vollends unwürdig wird das Ganze angesichts der Tatsache, daß die Schuldzuweisung an (Langzeit-)arbeitslose hinsichtlich ihrer Selbstverantwortlichkeit angesichts des Nichtvorhandenseins einer ausreichenden Zahl an Arbeitsplätzen zynisch und menschenfeindlich ist. Menschen, die ab Mitte des Monats anfangen müssen, darüber nachzudenken, wie in den kommenden 2 Wochen das Essen auf den Tisch kommt, ständig wissen zu lassen, dass man als Gegenleistung für Unterstützung das intensive Arbeiten an den individuellen Defiziten erwarte, mag sozialpolitisch konsequent sein, ist aber mit dem Postulat der Menschlichkeit so nicht zu vereinbaren.

Kombilohn, Mindestlohn?

Da „die Politik“ nach wie vor auf das

marktwirtschaftliche Wirken unternehmerischer Arbeitsplatzschaffung setzt, können wir vor Kombilöhnen nur warnen. Staatliche Zuschüsse zu Lohnkosten führen ebenso zu Mitnahmeeffekten und Lohndrückerei bei den Unternehmen wie tendenziell bereits „Hartz IV“. Wer davon ausgehen kann, dass Hungerlöhne vom Staat aufgestockt werden, hat kein gesteigertes Interesse an ordentlicher Bezahlung seiner MitarbeiterInnen. Insofern stünde hier lediglich eine weitere milliardenschwere Subventionierung privatwirtschaftlicher Gewinnerzielung ins Haus.

Beim Thema „Mindestlohn“ ist es schon etwas komplizierter. Grundsätzlich sinnvoll, um eigentlich selbstverständliche Grenzen unternehmerischer Freiheit nach unten zu definieren, kann ein Mindestlohn natürlich auch dazu verwendet werden, Sozialleistungen für Hilfebedürftige auf einem Niveau festzuschreiben, das sich nicht am tatsächlichen Bedarf orientiert.

Wie weiter?

In Wuppertal gibt es bei aller berechtigten Kritik eine Menge positiver Ansätze. Seitens der ARGE, der Stadtverwaltung und der Arbeitsagentur werden Anstrengungen unternommen, aus dem schwer misslun-

genen Gesetz das Beste zu machen. Entscheidende Faktoren sind aber vor Ort nicht lösbar.

Hier sind als Hauptprobleme zu nennen: fehlende richtige Arbeitsplätze und fehlende Kompetenzen der Wuppertaler ARGE. Angesichts der derzeitigen Diskussion in der Berliner großen Koalition zum Thema „Hartz IV“ erwarten wir nicht, dass diesen Punkten zentrale Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wir haben vielmehr Grund zu der Annahme, dass ein weiteres Mal die betroffenen Arbeitslosen und – soweit vorhanden – ihre Familien als Hauptschuldige der Misere in Arbeitsmarkt und öffentlichen Haushalten ausgemacht werden und weitere Drangsalierungen Eingang ins Gesetzblatt finden werden. Angesichts der derzeitigen politischen Machtverhältnisse sehen alle, die dem etwas entgegenzusetzen gedenken, bis auf weiteres trüben Zeiten entgegen. Bleibt nur zu hoffen, dass die auch in den Sozialbehörden weit verbreitete Einsicht in wirkliche Handlungsnotwendigkeiten sich doch noch ihren Weg zu parlamentarischer Entscheidungsfindung bahnt. Vorläufig realistisch ist jedoch, weiterhin aus dem Bestehenden das Beste zu machen und im übrigen weiterhin Schadensbegrenzung zu betreiben.

Aus der Bezirksvertretung

■ GRÜNES Licht für Barmen -

das gibt es nicht allzu häufig. „Den Barmern gönnen wir ihr Opernhaus und der Rest vom Geld geht nach Elberfeld“, ist ein Eindruck, der sich in vielen Köpfen festgesetzt hat.

Dass der so nicht richtig ist, zeigen viele Projekte, die bereits umgesetzt oder auf einem guten Weg sind. Zu nennen ist da zunächst die Umgestaltung des „Alten Markts“, der nun als Stadtplatz wirklich genutzt werden kann. Andere Beispiele sind die Umgestaltung des Opernhaus-Umfeldes oder die Neugestaltung des ehemaligen TVU-Geländes an der Friedrich-Engels-Allee. Bei solchen gesamtstädtisch bedeutenden Planungen können wir jedoch als BV in der Regel nur wenig Einfluss nehmen. Diese Erfahrung mussten wir leider auch mit unserer Anfrage in Bezug auf den Zustand der beiden Barmer Bahnhöfe machen. Anders sieht das bei rein bezirklich bedeutsamen Projekten aus: eine „Großbaustelle“, mit der wir uns seit längerem beschäftigen, ist der Bereich Böhler Weg / Bendahler Straße. Während für Verkehrsberuhigung am oberen Böhler Weg laut Verwaltung kein Bedarf besteht, beklagen die AnwohnerInnen gleichzeitig eine erhöhte Lärmbelastung seit Öffnung des Burgholz-Tunnels. Zum Krötenschutz am Schwimmbad Bendahl wurde ein Pilotprojekt mit gleichzeitiger Verkehrsberuhigung gestartet. Sollte allerdings die geplante Bebauung zwischen Bendahler-, Schuwan- und Buschstraße in vollem Umfang kommen, hat sich die Verkehrsberuhigung hier schnell wieder erledigt. Denn eine Erschließung des Geländes über die Buschstraße erscheint zur Zeit eher unrea-

listisch.

Und was war sonst noch wichtig? - Die beabsichtigte Schließung der Grundschule Wilkhausstraße hat in der BV für viel Aufregung gesorgt, vor allem da der Schulweg zur Schule Haselrain als sehr gefährlich angesehen wurde. Die Frage der Schulwegsicherung ist inzwischen gelöst. Mit unserem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag zum Erhalt des Kurbades konnten wir leider die Versäumnisse der Vergangenheit nicht ausräumen und so werden sich die BarmerInnen damit anfreunden müssen, woanders schwimmen zu gehen! Auch die Sanierung der Brücke Emiliestraße ist wieder so ein „Aufreger“. Unser GRÜNER Antrag, eine Taktverstärkung der Buslinie 628 einzurichten, ist an den extrem hohen Kosten gescheitert. Als drittstärkste Kraft in einer aus sieben Parteien bestehenden BV sind wir ständig mit den beiden großen Fraktionen im Gespräch und versuchen bei wichtigen Themen GRÜNE Akzente zu setzen. Schließlich ist es unser gemeinsames Ziel, dem Stadtteil Barmen ein eigenes Profil zu geben und damit für alle WuppertalerInnen attraktiv zu machen. Eine besondere Überraschung dieser Art erlebten wir in diesem Frühjahr, als wir nach mehrfachen anderweitigen Auskünften von der Verwaltung erfuhren, dass die Feinstaubmessstation Steinweg außer Betrieb sei. Trotzdem (oder gerade deshalb) werden wir aber auch zu VerwaltungsmitarbeiterInnen immer den Kontakt suchen - und wenn es sein muss, bleiben wir hartnäckig... Fest steht auf jeden Fall, dass wir BarmerInnen nicht blass vor Neid in Richtung Elberfeld schauen müssen!

Vorgestellt: das GRÜNE Team

■ der BV Barmen: Ilona Schäfer

Als gebürtige Elberfelderin lebe ich nun seit fast 12 Jahren in Unterbarmen, wo ich mich inzwischen sehr heimisch fühle. Im Hauptberuf arbeite ich als MTA in Teilzeit an einem kleinen Krankenhaus in Ratingen.

Zu den GRÜNEN bin ich über mein Engagement im ehrenamtlichen Umweltschutz gekommen, wo ich seit Ende der 80er Jahre in der BUND – Kreisgruppe Wuppertal aktiv bin. Seit 2003 vertrete ich die GRÜNE Fraktion im Umweltausschuss.

Etwas nützliches Hintergrundwissen dazu habe ich mir durch das Fernstudium Umweltwissenschaften an der Fernuni Hagen angeeignet. So ist es naheliegend, dass die Themenfelder Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung auch in der BV meine Schwerpunkte bilden.

Gleichzeitig finde ich es ausgesprochen reizvoll, mich in begrenztem Umfang auch in andere Politikbereiche einzuarbeiten. Es macht mir Spaß, mein direktes Lebensumfeld mit zu gestalten und dabei auch Anregungen aus der Bevölkerung aufzugreifen.

Diesen starken lokalen Bezug halte ich auch für ein wichtiges Instrument, Menschen in Zeiten zunehmender Politikverdrossenheit wieder für (Kommunal)politik zu interessieren. Daraus resultierte letztendlich der Entschluss, bei der Kommunalwahl 2004 für die BV Barmen zu kandidieren.

Dort möchte ich natürlich eine klare GRÜNE Linie vertreten, bin mir aber durchaus der Tatsache bewusst, dass man in der Politik gelegentlich Kompromisse eingehen muss, um zumindest Teilerfolge zu erreichen. Meine



Vision von Barmen ist ein Stadtteil mit hoher Lebensqualität und eigenem Profil – wir können und müssen uns nicht ständig mit Elberfeld messen!

Marc Schulz, der zweite Barmer Bezirksvertreter, stellt sich als Stadtverordneter in der Rubrik „Unser

Team – vorgestellt heute“ auf der Seite 2 vor.

Kontakt:
Ilona Schäfer
Hirschstr. 53
42285 Wuppertal
0202 – 887 002

Ratsbäume für den Ex-Kasinokreisel

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat einen Vorschlag der Wuppertaler Rundschau aufgegriffen und fordert alle Ratsfraktionen auf, sich an einer gemeinsamen Baumpflanzaktion am Elberfelder Kasinokreisel zu beteiligen.

Der Vorschlag ist einfach gut, eine originelle Lösung für die trostlose

Asphaltwüsten-Situation am ehemaligen Kasinokreisel. Die GRÜNEN würden sich sehr freuen, wenn alle Fraktionen diesem Vorschlag folgen und sich im Herbst zum Bäume pflanzen am Kasinokreisel treffen werden. Die Verwaltung prüft nun, ob und unter welchen Voraussetzungen ein solches Vorhaben realisiert werden kann.

Die Kosten für die Bäume sollen die Fraktionen tragen. Auch die Bezirksvertretung Elberfeld wird gebeten, die Aktion zu unterstützen. Die IG Friedrich-Ebert-Straße spricht sich allerdings gegen den Vorschlag aus. Nach der Sommerpause wird die Verwaltung im Verkehrsausschuss berichten, welche Neugestaltung machbar ist.



Baumschutz ohne Satzung

Kein rechtsfreier Raum

Am 30. Juni fällt die Baumschutzsatzung. Eines ist klar: Auch nach ihrer Abschaffung ist Wuppertal in Bezug auf Bäume kein rechtsfreier Raum. Es gilt das Landschaftsgesetz NRW, das u.a. den Schutz von Lebensräumen vorsieht und die Fällung von Bäumen mit Horsten verbietet.

Ein entscheidender Faktor für den Baumschutz im innerstädtischen Bereich ist die Erweiterung der Naturdenkmalliste. Erfreulicherweise sind inzwischen über 600 Meldungen bei der Unteren Landschaftsbehörde eingegangen, die schützenswerte Bäume oder Baumgruppen benennen.

Nun müssen die gemeldeten Objekte zunächst gesichtet werden, erst dann kann für die potenziell naturdenkmalwürdigen Bäume das Verfahren der Unterschutzstellung eingeleitet werden. Dieser Prozess wird voraussichtlich länger als ein Jahr dauern. Um zu verhindern, dass nach dem 30. Juni solche Bäume gefällt werden, hat die GRÜNE Fraktion beantragt, diese so bald wie möglich einstweilig sicher zu stellen. Die Verwaltung hat in der Sitzung des Ausschuss für Umwelt am 23. Mai zugesichert, in diesem Sinne zu verfahren.

Fällungen oder erkennbar zur Fällung gekennzeichnete Bäume können dem Umwelttelefon der Stadtverwaltung (563-6789) gemeldet werden. Die Untere Landschaftsbehörde prüft dann, ob diese zu den gemeldeten Objekten gehören oder über einen Bebauungsplan geschützt sind.

Auch die Stadtbaum Freunde waren nach dem knappen Scheitern des Bürgerbegehrens nicht untätig. Sie haben sich mit einem Schreiben an die Landtagsfraktionen, den Innenminister und Ministerpräsident Rüttgers gewandt. Anlass für das Schreiben ist die im Herbst diesen Jahres anste-

hende Reform der Gemeindeordnung NRW, mit der auch die Verfahrensregeln für Bürgerbegehren neu festgesetzt werden können. Dieses enthält im Wesentlichen folgende Forderungen: eine generelle Fristverlängerung für Bürgerbegehren, denn die Vorbereitung eines Bürgerbegehrens nimmt nach den Erfahrungen der Stadtbaum Freunde mehrere Wochen in Anspruch.

Zunächst müssen sich Initiatoren (zusammen)finden und ausreichend Akteure bereit sein, die umfangreiche Arbeit zu leisten. Dann müssen eine Reihe von Formalien geklärt werden und schließlich entstehen nicht unerhebliche Kosten, deren Übernahme gesichert sein sollte. Selbst bei günstigen Rahmenbedingungen ist die dann verbleibende Zeit zu kurz, um die notwendige Zahl der Unterschriften zu erreichen. Das zeigen auch Erfahrungen aus anderen Städten.

Weiter kritisieren die Stadtbaum Freunde, dass ein laufendes Bürgerbegehren keine aufschiebende Wirkung für die Umsetzung eines Ratsbeschlusses hat.

Selbst da, wo Bürgerbeteiligung gesetzlich festgeschrieben ist, wie z.B. bei Planfeststellungs- oder Bebauungsplanverfahren, ist sie häufig wenig effektiv. Argumente, die Bürger/innen oder Verbände vorbringen, bleiben beim Abwägungsprozess durch die Verwaltung oft unberücksichtigt. Bei solchen Entscheidungen sollten in Zukunft Bürgerbegehren zugelassen werden.

Die Stadtbaum Freunde sehen in einem Bürgerbegehren nicht zuletzt ein entscheidendes Instrument, in Zeiten der Politikverdrossenheit wieder mehr Menschen für ihr Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen zu motivieren.

Aus der BV Elberfeld

Eckbebauung Briller Straße/Luisenstraße

Fast ist es fertig. Das neue Wohngebäude Briller Straße/Ecke Luisenstraße. Umstritten waren die Pläne, dort Altenwohnungen zu bauen, von Anfang an. Jetzt heißt es neuerdings, Seniorenwohnungen seien nie geplant gewesen.

Eine Nachfrage der GRÜNEN Fraktion in der Bezirksvertretung Elberfeld ergab, dass die Altenwohnungen tatsächlich vom Tisch sind. Stadtver-

Wenn wir den Bob nicht hätten!



Baumaßnahmen haben im Rathaus zu einigen Störungen im bürokratischen Verkehr geführt. Bob, der Baumeister, gab DIESE GRÜNEN dazu ein Exklusiv-Interview.

DG: Bob, Sie haben es geschafft, Ihre Pläne durchzusetzen und wollen nun das Rathaus umbauen, wie kam's denn dazu?

Bob: Die Linke wusste doch nicht mehr, was die Rechte tat. Alles lag im Dunkeln, wir sahen schwarz. Das Bauamt war ja nur noch mit den Bordellen in Elberfeld beschäftigt. Und ständig gab es Zoff mit dem Planungsdezernenten.

DG: Und dann hatten Sie eine zündende Idee?

Bob: Ja. für mich war klar: Das Bauamt kriege ich, aber dann dachte ich, besser ist es im Umweltdezernat aufgehoben.

DG: War das denn die Lösung?

Bob: Nee, da ging keiner der Investoren hin, aus Furcht, keine Schlacke auf der Baustelle verwerten zu dürfen. Die Schlange der Investoren vor den Toren der Stadt wurde immer länger, die standen vor verschlossenen Türen und wurden nicht

wunschgemäß bedient. Da dachte ich mir, die Jungs wissen überhaupt nicht, wohin mit ihrem vielen Geld. Da hab ich dann gesagt: Ich bin den ganzen Driss jetzt leid. Jetzt mach ich es selbst. Ich bin schließlich der Baumeister! Ich überlege mir, wo gebaut wird, male die Pläne, genehmige sie mir und passe auf, dass keine Wand schief wird, kurz ich leg' die eigene Kelle an. Wenn die Investoren dann kommen, fahre ich mit den Jungs raus und zeige ihnen, wo gebaut wird. Meine Pläne für die Stadt sind fix und fertig, kann jeder sehen, wie ich es haben will. All die schönen Discouter, die jetzt gebaut werden, ist doch toll, oder? Das blöde ist nur, ständig klingelt das Telefon, das Handy, die Emails quellen schon aus den Tasten, ich arbeite jetzt rund um die Uhr.

DG: Schaffen Sie das denn alles Bob?

Bob: Klar, man muss halt Prioritäten setzen, Baumeister oder Bürgermeister, jeder wie er kann. Das Gute ist doch, dass die Investoren jetzt kommen und die Stadt auf Vordermann bringen. Die Pläne sind ja schnell fertig und dann nix wie los. Hauptsache die Baustelle brummt und die Investoren und ich sind glücklich!

DG: Ganz klar, Sie schaffen das!



wohnungen zu errichten, waren auch Landesmittel für öffentlich geförderten Wohnungsbau verknüpft. Jetzt normale Wohnungen ohne Altersbindung zu errichten, geht am Wuppertaler Bedarf vorbei. Schließlich stehen mehr als 10.000 Wohnungen leer. Eine öffentliche Förderung halten wir daher für überflüssig.

Alle Widerstände gegen die Bebauung, auch der AnwohnerInnen, fruchteten nichts. Denn schließlich rechnet sich das Projekt dank der Landesmittel.

Der Förderverein Deweerth'scher Garten, der sich auch mit der Bebauung und dem Denkmalschutz in diesem Bereich befasst, wird die Entwicklung weiter kritisch begleiten.

Absurd ist in diesem Zusammenhang, dass die Landesregierung kürzlich die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe beschlossen hat. Das bedeutet am Beispiel Briller Straße/Luisenstraße, dass die MieterInnen, deren Einkommensverhältnisse sich verbessern und somit die Voraussetzung für den Besitz eines Wohnberechtigungsscheins entfällt, keine Fehlbelegungsabgaben mehr zu zahlen haben. Damit brechen landesweit Millionen-Einnahmen weg, die bisher wieder in den sozialen Wohnungsbau investiert wurden.

Die GRÜNE Fraktion ist der Auffassung, dass die Erhebung der Ausgleichsabgabe ein Gebot sozialer Gerechtigkeit ist.

Wichtiger als ein Neubau ist nach GRÜNER Meinung die Sanierung des Wuppertaler Wohnungsbestandes mit Energieeinsparungsmaßnahmen und dem Erhalt der Nachbarschaftsstrukturen. Wir hätten uns gewünscht, dass aus dem Eckgrundstück eine Grünfläche geworden wäre.

Ob es diesmal was wird?

■ Nächste Runde für das Bremme-Geländes

Die Bürgeranhörung über die neuen Pläne zur Wiedernutzung des Bremme-Geländes auf dem Heidt hat stattgefunden, die Bezirksvertretung Heckinghausen hat der Aufstellung eines Bebauungsplanes zugestimmt. Jetzt heißt es abwarten, ob es diesmal klappt mit einer neuen Nutzung für das seit Jahren weitgehend brachliegende Areal zwischen Unterer Lichtenplatzer Straße und Gewerbeschulstraße.

Das Gelände soll bebaut werden mit einem EDEKA-Markt und einem Getränkemarkt.

Dabei soll der Verbrauchermarkt weitgehend in den Hang gegraben werden und nur vom eigenen Parkplatz aus wirklich sichtbar sein. Während die Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen, erhalten bleiben sollen,



könnten entlang der Unteren Lichtenplatzer Straße Stadthäuser entstehen, so dass nach den aktuellen Plänen auch ein Teil wohnbaulicher Nutzung denkbar ist.

Für Bündnis 90/Die GRÜNEN hat Bezirksvertreter Jörg Liesendahl dem Aufstellungsbeschluss zugestimmt: „Es darf einfach nicht sein, dass mitten in der Stadt ein so großes Gelände ungenutzt liegen bleibt, während überall im Außenbereich Landschaft verbaut wird!“

Aber, da ist sich Jörg Liesendahl einig mit dem GRÜNEN Bürgermeister Lorenz Bahr: „Wir GRÜNEN werden im Bebauungsplan-Verfahren darauf achten, dass es nicht zu unzumutbaren Belastungen für die AnwohnerInnen kommt.“

Daneben sei zu prüfen, ob die Ansied-

lung eines Verbrauchermarktes hier für den Barmer Einzelhandel verträglich gestaltet werden kann.

„Ich erlebe erstmals, dass die Verwaltung neben einem für die Ansiedlung positiven Gutachten, das vom Investor in Auftrag gegeben wurde, auch ein eigenes Gutachten zitiert, das zu anderen Schlüssen kommt.“

Jörg Liesendahl ist nicht sicher, dass mit den jetzt zum ersten Verfahrensschritt vorgelegten Planungen schon alle wichtigen Fragen geklärt sind: „Wir werden das Verfahren, das ja auch jetzt noch ergebnisoffen ist, kritisch begleiten und stehen im Rathaus und in der Bezirksvertretung gerne allen AnwohnerInnen als Gesprächspartner zur Verfügung, die Fragen haben oder Anregungen geben können.“



**Fahrrad selber kaufen
ABO
geschenkt**

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die Grüne Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken.

Name Anschrift

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, daß bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.

Große Koalition in Bedrängnis gebracht

■ Die Kompetenz zur Wirtschaftsförderung liegt nicht allein beim Baumeister

Wer hätte das gedacht: GRÜNE und FDP stellen einen gemeinsamen Antrag zur Wirtschaftsförderung. Sie haben gemeinsam ins Visier genommen, was die Landeswirtschaftsministerin kurz zuvor noch in einem Interview ausgeschlossen hat und woran die städtische Verwaltung und Wirtschaftsförderung längst arbeiten.

Ziel des gemeinsamen Antrages ist es, dass der millionenschwere Europäische Fonds für regionale Entwicklung (kurz: Ziel 2) nicht allein im Ruhrgebiet – wie unter SPD-Herrschaft –, sondern eben auch im Bergischen Land zum Strukturwandel genutzt werden kann.

Gegenstand des Antrages ist:

1. Die Verwaltung Wuppertals zu beauftragen, gemeinsam mit Rem-

scheid und Solingen und in Zusammenarbeit mit den Landesbehörden die Förderkriterien für die sogenannte Ziel 2-Förderung so zu formulieren, dass sich auch Kommunen unter vorläufiger Haushaltsführung um Fördermittel bewerben können.

2. Projekte zu prüfen, anzustoßen und zu entwickeln, die den Förderkriterien im Bereich integrierter regionaler und lokaler Wirtschaftsförderung mit den Themenschwerpunkten Innovation, Mittelstand, Existenzgründung, wissensbasierte Ökonomien (GOH-Kaserne, Media-Park, Wuppertal etc.) entsprechen.

Dabei besonders zu berücksichtigen ist der Bereich der Umwelttechnologien als übergreifendes Element, die Förderung des Tourismus, die Aufwertung des Kulturerbes, Projekte im Bereich der demografischen Entwicklung und die Weiterentwicklung bereits angelaufener oder im Rahmen

der Regionale 2006 nicht zum Zuge gelangter Projekte.

3. Dem Ausschuss für Wirtschaft und Stadtentwicklung sollte über den Fortgang der Planungen regelmäßig berichtet werden.

4. Bei der Entwicklung und Umsetzung der Projekte sollte auf die bereits vorhandene und gebündelte Kompetenz der Regionale 2006-Agentur zurückgegriffen werden.

In einem Interview der Solinger Morgenpost äußerte sich der Hauptgeschäftsführer der bergischen IHK, ähnlich wie der Geschäftsführer der städtischen Wirtschaftsförderung, zustimmend zu Teilen des GRÜNE-FDP-Wirtschaftsförderungsantrages. Und die Reaktion der Großen Koalition: Sie stimmte diesem Antrag wie jedem anderen, der nicht von ihr selbst stammt, im zuständigen Ausschuss nicht zu. Eine Diskussion fand nicht statt.

Neuer Holzenergiehof

Nachhaltiges Konzept verspricht Erfolg

Vor genau drei Jahren schlug die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vor, in Wuppertal eine Holzhackschnitzelheizung in einem öffentlichen Gebäude zu installieren. Darüber hinaus regten wir an, die Ansiedlung eines Holzenergiehofes in Wuppertal ins Auge zu fassen. Beides wird dieses Jahr realisiert und wir freuen uns sehr, dass in der Ronsdorfer Erich-Fried-Gesamtschule ab Herbst die erste Holzhackschnitzelheizung in Betrieb genommen wird und in Sonnborn ein Holzenergiehof seine Tore öffnet. Immer mehr private Haushalte betreiben eine Holzpellettheizung, denn der Brennstoff aus Holz ist ein preiswerter Energieträger aus nachwachsenden Rohstoffen und zählt zu den erneuerbaren Energieträgern aus Biomasse. Während des Wachstums entzieht Holz der Atmosphäre soviel CO₂ wie bei der Energieumwandlung durch Verbrennung wieder frei gesetzt wird. Die Energiegewinnung erfolgt „CO₂-neutral“. Im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Klimabündnis hat sich Wuppertal verpflichtet, effektive Maß-

nahmen zur CO₂-Reduzierung und damit zum Klimaschutz zu ergreifen. In Wuppertals Wäldern, städtischen oder privaten, fallen alljährlich mehrere tausend Kubikmeter Waldrestholz (gewerblich nicht nutzbare Kronen- und Schwachhölzer) an. Holz, das bisher nicht gewerblich verwertet werden konnte. Der Zusammenschluss von GESA (Gesellschaft für Entsorgung, Sanierung und Ausbildung mbH), Stadt Wuppertal und der Wuppertaler Stadtwerke AG (WSW) macht es jetzt möglich, aus diesen Gegebenheiten Nutzen für Arbeitssuchende, Umwelt und Wirtschaft zu ziehen.

Die GESA plant, mit Unterstützung der ARGE und deren Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen 200 Arbeitsgelegenheiten und 20 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen. Geschäftsgrundlage ist das Sammeln von Waldrestholz, seine Aufbereitung, die Produktion und Lagerung von Holzhackschnitzeln und Kaminholz sowie die Zwischenlagerung von Holzpellets. Die Wuppertaler Stadtwerke werden für das Marketing und den Vertrieb der Holzprodukte zuständig sein.

Antrag Unterstützung der Volksinitiativen NRW

Die GRÜNEN stellten den Antrag, beide NRW-Volksinitiativen „Jugend braucht Vertrauen“ und die „Volksinitiative 2006“ zu unterstützen. Die Initiativen wendeten sich gegen die geplanten Kürzungen der schwarzgelben Landesregierung bei Kindern, Jugendlichen und Familien. Leider wurde der Antrag bereits im Hauptausschuss durch CDU und SPD für erledigt erklärt, obwohl beide Initiativen zu dem Zeitpunkt noch sehr engagiert für Unterschriften warben.

Die notwendige Anzahl der UnterzeichnerInnen wurde auch ohne den Wuppertaler Rat spielend erreicht und die Erwartungen der InitiatorInnen bei weitem übertroffen. Die Landesregierung zeigte sich leider nicht beeindruckt, denn die Kürzungen wurden im geplanten Umfang beschlossen.

Nicht auf Kosten von Kindern sparen

Die GRÜNEN beantragten, die Landtagsabgeordneten aufzufordern, die im Haushaltsentwurf der Landesregierung vorgesehenen Kürzungen für Kinder und Jugendliche nicht

mitzutragen. Sie sollten sich auch gegen die geplanten Kürzungen der Zuschüsse des Landes an die Kommunen im Rahmen der Novellierung des Gesetzes für Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) engagieren. Dieser Antrag wurde mehrheitlich als erledigt erklärt, obwohl der Landeshaushalt erst im Mai verabschiedet wurde. Damit hat sich die Ratsmehrheit einmal mehr der Möglichkeit der Einflussnahme beraubt.

Haushalt der ARGE 2006 – Eingliederungsprogramm

Die GRÜNEN beantragten, vorrangig sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze auf dem Zweiten Arbeitsmarkt zu finanzieren, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufzustoßen und Jugendliche durch eine Vielzahl von Trainings-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen zu fördern. Stadtverwaltung und ARGE Wuppertal sollten vermehrt Arbeitsplatz schaffende Förderprogramme zum Erhalt der kommunalen Infrastruktur umsetzen und auch hierbei langfristige bis dauerhafte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose auf dem Zweiten Arbeitsmarkt schaffen. Der Antrag wurde zunächst in den Fachaus-

schuss überwiesen und dort leider von CDU und SPD für erledigt erklärt. Mittlerweile haben CDU und SPD einen inhaltlich ähnlichen Antrag gestellt...

OB übernimmt Bauplanung und -ordnung

Oberbürgermeister Peter Jung hat die Ressorts Bauordnung und Bauleitplanung zur Chefsache erklärt und direkt in seinem Geschäftsbereich angesiedelt. Die GRÜNE Ratsfraktion hält diesen Vorgang und die Begründung für fragwürdig. Im Gegenteil, dieses unstrukturierte Handeln ist eher ein Zeichen von Führungsschwäche. Es ist Aufgabe des Oberbürgermeisters, sich um die strategischen Ziele, Planungen und Entscheidungen zu kümmern. Die Facharbeit muss er den DezernentInnen überlassen. Deshalb beantragten die GRÜNEN, eine Schnittstellen- und Prozessanalyse für Planungs- und Genehmigungsprozesse in der Ratssitzung vorzulegen. Die Verwaltung kam dem leider nicht nach, der GRÜNE Antrag wurde in den Ausschuss Zentrale Dienste überwiesen. Die Verwaltung versicherte, dass für die Ratssitzung am 19.06. ein Bericht vorgelegt werde.